

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 9

Artikel: Unruhige Jugend als gesellschaftspolitische Herausforderung
Autor: Lüscher, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unruhige Jugend als gesellschaftspolitische Herausforderung

Der jähe Ausbruch von Gewalt anlässlich der Opernhaus-Demonstrationen in Zürich im Juni 1980 und die nachfolgenden «Jugendunruhen» in mehreren Schweizer Städten haben – nach einer ersten Überraschung – nach zahlreichen Versuchen der Erklärung und des Verstehens gerufen. Ich möchte dazu einen Beitrag leisten, der, entsprechend den Informationen, die mir zur Verfügung stehen, und den allgemeinen sozialwissenschaftlichen Einsichten, auf die ich mich beziehe, einen mittleren Zeithorizont im Blick hat. Meine Überlegungen beziehen sich nicht auf das unmittelbar anstehende, ganz konkrete Handeln, sondern auf die Möglichkeiten einer mittelfristig konzipierbaren Sozial- und Gesellschaftspolitik. Ich kann mir indessen vorstellen, dass sich von dieser Position in der Diskussion sowohl Bezüge zu unmittelbar anstehenden Aufgaben wie zu einem übergreifenden Verständnis herstellen lassen.

Ich werde im wesentlichen zwei Thesen entwickeln. Die *erste* besagt, es sei im Hinblick auf das praktische politische Handeln zweckmässig, davon auszugehen, dass die mit dem Begriff der Jugendunruhen schlagwortartig gekennzeichneten Ereignisse keine ephemäre, rasch vorübergehende gesellschaftliche Erscheinung sind, sondern Ausdruck weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen und damit zusammenhängender sozialer Probleme. Daraus ergibt sich die zweite These: Als Beitrag zur Lösung der im Zusammenhang mit den Ereignissen erkennbaren sozialen Probleme ist es zweckmässig, eine Sozialpolitik zu konzipieren, die stärker als bisher den Charakter einer umfassenden Gesellschaftspolitik hat – ich nehme hierbei ein von *Achinger* bereits in den fünfziger Jahren aufgestelltes Postulat «Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik» auf –, und dies hat Implikationen für Prioritäten im praktischen sozialpolitischen Handeln für die konkrete Ausgestaltung der Massnahmen und Einrichtungen sowie die Ausweitung der Trägerschaft. Ich werde insbesondere dafür plädieren, dass wiederum vermehrt nichtstaatliche Träger, Selbsthilfeorganisationen und wirtschaftliche Unternehmen sich aktiv sozialpolitisch engagieren. Anstelle allgemeineren Erwägungen werde ich diese Überlegungen am Bereich der Familien- und der Medienpolitik veranschaulichen.

Elemente einer Analyse

Die Erklärungsversuche lassen sich verschiedenen Typen zuordnen. Nahe liegend sind historische Analogien. Es werden politische Kräfte aufgezeigt, darunter Ansätze zur Weiterführung revolutionärer Strategien aus dem achtundsechziger Jahr; es werden unter anderen Vorzeichen Mängel der Jugend-, Wohnungs- und Kulturpolitik beanstandet und teilweise zugegeben. Viele Beobachter weisen auf Symptome der Entfremdung zwischen den Generationen hin; dabei sind Entwicklungen wie der zunehmende Drogen- und Alkoholkonsum, der Anstieg von Selbstmorden junger Menschen und Zeichen für eine vermehrte Kriminalität Jugendlicher relevant. Eng damit verwandt sind Überlegungen, wonach – nicht zuletzt infolge der rasanten Entwicklung der Massenmedien – eine «kommunikative Distanz» zwischen den Generationen entstanden ist, wofür die – kommerziell massiv ausgebeuteten – Subkulturen der Jugend repräsentativ sind. Weiterhin werden Überlegungen angestellt, ob nicht Änderungen der Erziehung und der wirtschaftliche Überfluss zur Herausbildung eines neuen Menschentypus (z. B. des «Empfindungsmenschen» – *Herzka*) geführt hat.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die starke, auch theoretisch untermauerte Problematisierung des Alltages hinzuweisen, dessen Routine, Ordnung und subtile Institutionalisierung suspekt ist. – Diese Typologisierungen teilen die Problematik aller generellen Aussagen dieser Art; sie sind dementsprechend schwer zu verifizieren oder zu falsifizieren.

Die Vielfalt der Erklärungsversuche spricht für sich. Es wäre nicht schwer, zusätzliche Varianten zu nennen und weitere Sachverhalte ins Gespräch zu bringen. Bereits eine erste kritische Betrachtung würde überdies zeigen, dass keineswegs alle der vorgetragenen Thesen in gleicher Weise konsistent sind oder den beobachteten Ereignissen gerecht zu werden vermögen. Hier ist indessen nicht der Ort, eine ausführliche kritische Würdigung vorzunehmen. Ich möchte also nicht fragen, wer im Vergleich zu wem mehr Recht hat oder mehr irrt bzw. wer mehr eigenen oder fremden Interessen aufsitzt. Vielmehr möchte ich in der gebotenen Kürze diejenigen Elemente herausheben, die mir für das Verständnis der gegenwärtigen Situation und im Hinblick auf praktische Massnahmen besonders wichtig scheinen. Ich werde, um das Verständnis der Argumentation zu erleichtern, meine Überlegungen in einigen Punkten zusammenfassen.

1. Obgleich eine übermäßige historische Relativierung mir somit unangebracht scheint, ist es dennoch nötig, die gegenwärtigen Ereignisse in einen *historischen Rahmen* einzuordnen. Dabei ist den neueren Einsichten der Sozialgeschichte Rechnung zu tragen, aus denen hervorgeht, dass eine

eigenständige gesellschaftliche Rolle des Jugendlichen sich für weitere Kreise der Bevölkerung erst seit Beginn der Neuzeit herausgebildet hat. Diese Entwicklung geht einher mit dem Verständnis des besonderen Bedürfnisses des Kindes nach Pflege und nach gezielten Lernanregungen sowie mit der Herausbildung der modernen Kernfamilie. Diese Entwicklungen stehen wiederum im Zusammenhang mit Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung infolge des allgemeinen Rückganges der Sterblichkeit, mit Wanderungsbewegungen, mit der Verstädterung, mit der zunehmenden Verbreitung industrieller Arbeitsweisen und ihrer Begleitformen sowie – last but not least – mit der zunehmenden Betonung des Wertes der Persönlichkeit als Chance der individuellen und der gesellschaftlichen Entwicklung und dem politischen Postulat, jedem Menschen, unabhängig von Geschlecht und sozialer Herkunft, die Möglichkeit einer freien Entwicklung der Persönlichkeit zu schaffen. In diesem Sinne haben viele Protestbewegungen bis in die Gegenwart ihre Wurzeln in den bis in die Antike zurückreichenden, in der Neuzeit vehement vorangetriebenen Emanzipationsbewegungen. Zugleich werfen die neuen und neuesten Ereignisse in ihren mannigfachen Ausdrucksformen und den Auswüchsen die Frage auf, wie unter den Bedingungen unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialordnung das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zu gestalten ist. Besonders prekär scheint die Stellung der Familie, da die Aufgabe, die ihr primär zukommt, nämlich zwischen Person und Gesellschaft zu vermitteln, schwieriger zu bewältigen ist als früher.

2. In der angedeuteten historischen Entwicklung ist angelegt, dass die Welt, in der der junge Mensch heranwächst, ihm zusehends kompliziert, kaum veränderbar und gestaltbar, gleichzeitig unüberschaubar und dennoch alles mit allem zusammenhängend erscheint. Beispielsweise erleben viele Jugendliche das Elternhaus und die Schule, später die berufliche Ausbildung, als mächtigste Instanzen zu ihrer Erziehung und Disziplinierung, zugleich aber wird offensichtlich, dass vielfach keine Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus besteht, schon gar nicht eine solche, bei der sich die Beteiligten als Partner verstehen. – Das Erlebnis quasi objektiver Strukturen, die vielfach einzig Leistungen der Anpassung abzuverlangen scheinen, und dies wirklich oder angeblich in einem immer höheren Mass, steht für viele junge Menschen in einem grundsätzlichen Gegensatz zur tatsächlichen, mehr noch zur scheinbaren Befreiung, die im vielfältigen, offensichtlich unbeschränkten Angebot in Konsumgütern vorgeführt und in den Medien durch zahlreiche Inhalte bekräftigt wird. – Das gilt auch für den persönlichen Lebensstil. Hier verdient ein Zusammenhang besonders hervorgehoben zu werden: Veränderte Auffassungen über

Moral, die Entwicklung der Empfängnisverhütung und die positive Bewertung von Selbständigkeit haben zur Folge, dass viele junge Menschen früher als noch vor wenigen Jahren einen eigenen Haushalt gründen. Dies wiederum dürfte eine nicht zu vernachlässigende zusätzliche Nachfrage nach billigen Wohnungen in den Städten bewirken. So bestehen für viele Menschen unserer Zeit – nicht nur junge – erhebliche *Spannungen zwischen den tatsächlichen Möglichkeiten und den denkbaren Möglichkeiten des Handelns*.

3. Die Gestaltbarkeit bzw. die Erstarrung oder Fremde der Welt wird von den heranwachsenden Menschen insbesondere in jenen *Lebensbereichen* erfahren, in denen sie ihren *Alltag* verbringen. Nebst der Familie ist das die Wohngegend, der Arbeitsplatz, die Gemeinde und der Nahbereich der Freizeit. Von besonderer Bedeutung sind somit die genannten mittleren Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Wo sie verarmen, wie dies verschiedentlich für Nachbarschaft und Wohngemeinde zutrifft, wird die sinnlose Routinisierung des Alltages besonders stark empfunden. Zweifels- ohne haben Verstärkung, verschiedene Wohnformen, Motorisierung und Massenkommunikation zu einer relativen Schwächung dieser mittleren Bereiche gesellschaftlichen Lebens beigetragen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass in jüngster Zeit viele neue Initiativen zur Gestaltung von Nachbarschaft und Gemeinde, zur Belebung des Vereinslebens in Gang gekommen sind, teilweise mit neuen Formen. Auch die Forderung nach Jugendzentren ist davon beeinflusst. Allerdings ist sie verknüpft mit dem Postulat nach einer absoluten Autonomie. Vieles spricht dafür, dass das Ziel eines autonomen Jugendzentrums in sich in verschiedener Hinsicht grundsätzlich widersprüchlich ist und darum auf die Dauer nicht verwirklicht werden kann: Wirklich autonom kann nur sein, wer sämtliche Ressourcen selbst zu beschaffen vermag; Autonomie und Offenheit der Nutzung für jedermann schliessen sich auf die Dauer gegenseitig aus, sowohl im Hinblick auf die Benutzer als auch auf die Öffentlichkeit.

Die genannten Sachverhalte sind Aspekte des sozio-strukturellen Hintergrundes der aktuellen Jugendunruhen. Zu Recht wird festgestellt, dass diese Gegebenheiten vielerorts bestehen, ohne dass es zu Demonstrationen und zu Zerstörungen kommt. Gibt es Umstände oder Personen, die für die spezifischen Ereignisse in Zürich oder in Bern oder in Freiburg oder Nürnberg verantwortlich sind? Um einer Antwort darauf nahe zu kommen, ist der spezifische Charakter der Ereignisse zu beachten. Es handelt sich um «*soziale Bewegungen*». Für sie ist seit jeher kennzeichnend, dass sie scheinbar spontan in Gang kommen. In der Tat sind Handlungen und Ereignisse,

die man «zufällig» bezeichnen kann, das auslösende Moment sozialer Bewegungen, aber sie kommen nur in Gang, wenn die entsprechenden Voraussetzungen bestehen.

Man kann somit versuchen, ausgehend von den allgemeinen Voraussetzungen einkreisend immer spezifischere Bedingungen nachzuweisen bis hin zum «spontanen» Ereignis – in Zürich die Demonstration vor dem Opernhaus im Juni. Je mehr man solchermassen argumentiert, desto grössere Zurückhaltung ist geboten, die einzelnen Sachverhalte als «Ursachen» aufzufassen, obgleich sie sich konkret benennen lassen. Voraussetzung ist allemal, dass eine Art «Schwellenwert» überschritten wird. Darum vermag der Hinweis auf offen auftretende oder versteckt agierende Auführer – so wichtig sie in der konkreten Situation oder auch bei der Planung von Aktionen sein mögen – nicht ausreichend zu begründen, warum kleinere oder grössere Gruppen von Anhängern mobilisiert werden können und Demonstrationen in Gang kommen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist vielmehr, dass die gegenwärtige Situation in einer Weise dargestellt und Forderungen erhoben werden können, die – zumindest zeitweise – von einer grösseren Zahl als die ihren akzeptiert werden. Je weniger deutlich Anführer hervortreten, desto weniger voraussehbar ist der Gang der Ereignisse, eingeschlossen die Möglichkeit, dass weitere manifeste Aktionen unterbleiben, aber auch plötzlich wieder auftreten. Eine angemessene Einschätzung der gegenwärtigen Ereignisse bezieht darum zweckmässigerweise das weitere Umfeld der Lebensverhältnisse junger Menschen mit ein und nimmt dementsprechend Thesen über die «Entfremdung» ernst.

Ein hervorragendes Merkmal des manifesten Protestes der Unzufriedenen ist die offene Anwendung von *Gewalt*. Gewalt hat viele Gesichter. Stets aber ist sie Ausdruck eines gestörten Verhältnisses zur Umwelt, zu den Menschen und zu Symbolen sowie zu Sachen, die als Symbole betrachtet werden. Wer Gewalt anwendet, will Macht ausüben, ohne dem Gegenüber eine Chance zu geben, die Legitimation des Machtanspruchs zu prüfen oder gar zu bezweifeln, oder es geht darum, Symbole zu zerstören. So gesehen ist Gewalt stets Ausdruck gewollt oder ungewollt gestörter Kommunikation, und das wiederum bedeutet, dass bei der Beurteilung der jüngsten Ereignisse und dem Entwurf von Massnahmen diejenigen Zusammenhänge besonders zu bedenken sind, die sich auf die Probleme der zwischenmenschlichen Kommunikation und auf die Auswirkungen der rasanten Entwicklung von Massenkommunikation beziehen.

In dieser knappen Zusammenfassung wichtiger Punkte ist in Umrissen meine *zweite* These angelegt, die besagt, dass es mittelfristig darum geht, neue Formen, nämlich gesellschaftspolitische Formen der Sozialpolitik zu entwerfen. Damit ist eine Sozialpolitik gemeint, die sich nicht daran orien-

tiert, Defizite des Verhaltens und der Einrichtungen zu korrigieren, sondern vorausschauend Strukturen zu schaffen, die sich auf die Entwicklung des einzelnen und der Gesellschaft günstig auswirken, Strukturen auch, an deren Entwicklung und Fortbildung sich der einzelne wiederum vermehrt zu beteiligen vermag. Ich möchte dies nicht programmatisch, sondern exemplarisch anhand zweier Bereiche erläutern, nämlich der Familienpolitik und der Medienpolitik, die beide meiner Ansicht nach im Zusammenhang mit der Integration der Jugend besonders bedeutsam sind. So gesehen bilden sich wichtige Komponenten einer sogenannten Jugendpolitik.

Realpolitik für die Familie

Die besondere Bedeutung der Familie für die Persönlichkeit des einzelnen Menschen – *nota bene* des Kindes *und* der Erwachsenen – wird heute allgemein anerkannt, nicht nur von denjenigen, die sich seit jeher für sie einsetzen, sondern auch von vielen Kritikern. Dabei sind die lautstärksten Freunde nicht immer die besten. Wir alle stossen immer wieder auf Erklärungen, in denen ein Idealbild der Familie entworfen wird, das der Wirklichkeit in keiner Weise entspricht, auch nicht historisch. Die Familie ist nicht und war nie eine Insel trauten Glückes, sondern sie stand und steht im Spannungsfeld von Person und Gesellschaft.

In und durch die Familie können Persönlichkeitswerdung dann am besten und zum Nutzen des einzelnen wie der Gemeinschaft gefördert werden, wenn die Leistungen, die die Eltern, auf ihre Weise auch die Kinder und weitere Verwandte erbringen, anerkannt werden und wenn man zugeben kann, dass die Gestaltung des familiären Alltages für alle Beteiligten vielerlei Schwierigkeiten mit sich bringt. Neuere Untersuchungen zeigen, dass die meisten Eltern durchaus gewillt sind, diese Schwierigkeiten zu meistern. Die Mütter und Väter stehen zu ihren Pflichten und Verantwortungen; aber sie bedürfen darin der Anerkennung und der Unterstützung.

Die Familie ist so stark wie ihre reale gesellschaftspolitische Anerkennung. Dazu sind nicht schöne Worte, sondern Taten nötig, und politisch ist es auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Organisationen ein Gebot der Stunde, den Belangen der Familie besondere Priorität einzuräumen. Dies gilt nicht nur für die staatlichen Organe, sondern ebensosehr für die Wirtschaft und für die – z. T. traditionsreichen – «freien» Organisationen im sozialen Bereich. Folgende Massnahmen bilden das Minimum einer zeitgemässen und realen Familienpolitik:

– Die *materiellen Leistungen der Familie* (Berechnungen haben ergeben, dass seitens der Familie rund 75 Prozent des finanziellen Aufwandes für die nachwachsende Generation erbracht werden) sind bei der Bemessung von Familienzulagen, mehr noch bei der Gestaltung der Steuertarife in einem Mass zu berücksichtigen, das die erwähnten Grössenordnungen im Blick hat. Finanzielle Leistungen für die Familie sind keine Hilfen oder Almosen, sondern realer Ausdruck der Anerkennung der gesellschaftspolitischen Bedeutung. Da gegenwärtig viele Gemeinwesen knapp an Mitteln sind, wird es nötig sein, Prioritäten zu setzen. Eine solche Priorität lautet, dass in erster Linie die Steuererleichterungen für Familien und erst in zweiter Linie solche für die Ehepaare auszubauen sind.

– Der erste Lebensraum der Familie ist die *Wohnung und die Nachbarschaft*. Dies ist auch der Bereich, der für das Aufwachsen der Kinder von grösster Wichtigkeit ist. In vielen Untersuchungen beklagen sich Eltern und Jugendliche über ungünstige Wohnverhältnisse und über ungenügende Entfaltungsmöglichkeiten in der Umgebung der Wohnung. Den Belangen der Familie ist in der Wohnbaupolitik viel konsequenter als bis anhin Rechnung zu tragen. Wohnungen für Familien sollen zu einem tragbaren Preis angeboten werden, genügend gross, flexibel zu gestalten und lärmgeschützt sein. Benötigt werden nicht typisierte Wohnmaschinen, sondern individuell gestaltbare Lebensräume. Sie zu schaffen ist hierzulande nicht in erster Linie Aufgabe des Staates, sondern der Wohnbauträger, d. h. der Banken, der Versicherungen und Pensionskassen, der Genossenschaften und der privaten Bauherrschaften. Mehr als bisher sollten vorbildliche Lösungen in der Öffentlichkeit bekannt werden. Insbesondere sollten mehr als bisher Lösungen gefördert werden, die – bei gleichen Kosten – den Belangen der Familie besser Rechnung zu tragen vermögen.

– Zahlreiche Spannungen unter Familienangehörigen, die auf die Dauer die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen, das gemeinsame Tun und Erleben oft ungemein erschweren, haben ihren Grund im Umstand, dass bei der Gestaltung der *Arbeitswelt* zu wenig Rücksicht auf die Familie genommen wird. Das betrifft die Arbeitszeiten (wobei ein besonders schwerwiegendes Problem die Schichtarbeit ist), die oft unvermittelten Begehren, den Arbeitsplatz zu wechseln, die fehlenden Möglichkeiten für Teilzeitarbeit und der vielfach undiskutabel dargestellte Vorrang des Berufslebens vor dem Familienleben, zumeist ausgerechnet in den Phasen des Lebens (zwischen dem 20. und dem 40. Lebensjahr), in denen Kinder ihre Väter und Mütter besonders nötig haben. Vielleicht würde es sich lohnen, einmal eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen, in der für die Volkswirtschaft die Kosten spezifischer familienunterstützender Massnahmen bei der Gestaltung des Berufslebens mit denjenigen verglichen

werden, die infolge vermeidbarer Schwierigkeiten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im sozialen Bereich entstehen und dort nur zweifelhaften Erfolg zeitigen können.

Realpolitik für die Familie ist selbstverständlich mehr als nur die Anerkennung der Aufgaben und Leistungen der Familie in der Steuerpolitik, der Wohnpolitik und Gestaltung der Arbeitswelt. Dringend erwünscht wäre in der Schweiz die Einführung eines eindeutigen Verfassungsartikels für die Familie, die vermehrte Berücksichtigung der Belange der Familie in der Sozialpolitik im engeren Sinne, die Koordination von Frauenpolitik und Familienpolitik und eine differenzierte Beurteilung der zahlreichen Initiativen im Bereich der Familienberatung und Elternbildung. Besondere Initiativen scheinen – im Lichte unserer Analyse der Jugendbewegung – überdies bezüglich der Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus notwendig.

Menschbezogene Medienpolitik

Im Bereich der Medien werden, wie es vielfach heisst, revolutionäre Neuerungen angekündigt: Kabel-Fernsehen, Satelliten-Fernsehen, Zweiweg-Kommunikation. In der Öffentlichkeit wurde darüber bis anhin wenig gesprochen, und es hat den Anschein, als ob es den interessierten Kreisen gelingen würde, das technisch Machbare als unabänderliche Notwendigkeit darzustellen, an die man sich möglichst elegant und rasch anpassen soll.

Die Fragestellung müsste lauten: Braucht der Mensch neue Medien? Bei der Suche nach Antworten sollte man versuchen, die Fülle von Ergebnissen der Medien- und Kommunikationsforschung unvoreingenommen zur Kenntnis zu nehmen. Es ist keineswegs so, dass in den grossen Linien diese Ergebnisse widersprüchlich sind, wie vielfach behauptet wird. Vielmehr legt eine Zwischenbilanz der Forschung den Schluss nahe, dass die Auswirkungen der Medien, vorab des Fernsehens, auf die Entwicklung des einzelnen Menschen, auf die Kinder, aber auch die Erwachsenen und die älteren Leute, auf das Zusammenleben in der Familie, in der Gemeinde und im Staat sich im Laufe der Zeit als grösser und weitreichender erweisen werden als wir bereits heute feststellen vermögen. Je mehr man nämlich in der letzten Zeit bei entsprechenden Untersuchungen die sozialen Verhältnisse mit einbezogen hat, desto stärker ist hervorgetreten, dass nicht nur der einzelne, sondern seine Lebenswelt als Ganzes durch die Medien beeinflusst wird. Damit sei nicht gesagt, alle diese Auswirkungen seien nachteilig; jedoch ist jeglicher Optimismus fehl am Platz.

Tendenziell schwächen die elektronischen Massenmedien den Anteil sogenannter primärer Kommunikation, d. h. des unmittelbaren Gespräches von Mensch zu Mensch. Sie tragen nicht zur Stärkung des Zusammenhaltes in der Familie bei. Im Gegenteil steht zu befürchten, dass bei einer Ausweitung der Programme noch stärker als bisher Altersgruppen als Zielgruppen angesprochen werden, wodurch die in unserer Gesellschaft vorhandenen Tendenzen zur Entfremdung zwischen den Generationen weiter verstärkt werden. – Die neuen Medien, vorab das Satelliten-Fernsehen, sind zentralistisch organisiert und erfordern enorme Investitionen. Dadurch wird die lokale Verankerung öffentlicher Kommunikation, vorab die Stellung der lokalen Presse, weiter gelockert.

Hierzu gilt es ein weiteres zur Kenntnis zu nehmen: Alle Untersuchungen, in denen die Zusammenhänge zwischen dem Programmangebot und der Organisation bzw. der Trägerschaft des Fernsehens ermittelt wurden, ferner die praktischen Erfahrungen in den USA, in Japan, in Italien und Grossbritannien zeigen, dass überall dort, wo mit der Verbreitung von Fernsehsendungen ein kommerzieller Profit erzielt werden soll, der Anteil der Programme mit fiktiven Inhalten, also vorab der Anteil an sogenannten «action-programs», d. h. Krimis, Western und ähnliches sowie an Serien mit seichten Handlungen, sowie – soweit möglich – der Anteil an Sex-Filmen deutlich höher ist als bei einer gemeinwirtschaftlichen Trägerschaft. Vieles spricht darum dafür, dass wir gut daran tun, unsere Kräfte darauf zu richten, das bisherige System einer quasi öffentlich-rechtlichen Trägerschaft zu verbessern (und es gibt einiges, was besser werden soll und kann), als uns in das Abenteuer eines wildwüchsigen Kommerzfunkes zu stürzen.

Mehr noch, wir sollten die Freiheit haben und sie uns nötigenfalls schaffen, um eine Gestaltung unserer Medienlandschaft einzuleiten, die von weiten Kreisen verstanden und getragen wird, die an den Bedürfnissen der Menschen aller Altersgruppen orientiert ist, in der also das Machbare dem für die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit und einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung Wünschenswerten untergeordnet wird und nicht umgekehrt. Insbesondere bedarf es gründlicher Überlegung, was Medien- und Rundfunkfreiheit in Anbetracht der neuen technologischen Möglichkeiten bedeuten kann und soll.

Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik

Wenn in der eben geäußerten Weise auf die Relevanz der Medienpolitik für die Jugendpolitik hingewiesen wird und wenn unter den Forderungen

nach einer Realpolitik für die Familie mit Nachdruck auf die Anliegen einer vermehrten Berücksichtigung der Belange der Familienangehörigen bei der Gestaltung der Arbeitswelt hingewiesen wird, so drückt sich darin ein verändertes Verständnis von Sozialpolitik aus, das von grossem Belang für die Umschreibung der Träger und Verantwortlichen ist.

Sozialpolitik hat ihre historischen Wurzeln in der Arbeiterfrage, wie sie sich im Gefolge der Industrialisierung in modernen Staaten stellte: Wie konnten und sollten Arbeiter – damals die schwächsten Sozialpartner – geschützt werden? Versicherungen und reglementarische Bestimmungen über Arbeitszeiten, in erster Linie für Frauen und Kinder, waren die ersten Massnahmen. Später wurden Familienangehörige in den Versicherungsschutz miteinbezogen, und noch später wurde die Unterstützung der Alten und Invaliden auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet. Zaghafte kamen überdies Initiativen auf, die forderten, die familiären Belastungen der Arbeitnehmer seien auch bei der Bemessung der Entlohnung zu beachten. Daraus sind Familien- und Kinderzulagen entstanden, die hierzulande immer noch durch den Betrieb ausbezahlt werden. Sie fallen dort als Kosten an, und daraus erklärt sich eine starke Zurückhaltung beim Ausbau des Familienlastenausgleichs. Diese Zurückhaltung findet sich auch in anderen Bereichen der Sozialpolitik, darunter solchen, die heute in der Kompetenz des Staates liegen. Zurückhaltung legt auch der gegenwärtige Stand der öffentlichen Finanzen nahe.

Demgegenüber sind die Probleme und Aufgaben brennender und komplexer denn je. Der Protest der Jugend in allen seinen Verästelungen belegt dies deutlich. Auch wenn politische Kräfte von ausserhalb den unmittelbaren Ablauf der Unruhen möglicherweise beeinflussen und wenn sich der Unmut vor allem in den grösseren Städten äussert, so legt doch eine Analyse der Bedingungen, unter denen die Protestbewegungen entstanden sind, und der Blick auf andere, unter dem Stichwort «Entfremdungs-Thesen» abgehandelte Erscheinungen den Schluss nahe, dass die Integration der Jugend in unserer Zeit eine komplexe und schwierige sozialpolitische Aufgabe ist.

Man kann darin deutlich die Wende der Sozialpolitik erkennen, die sich von den Aufgaben und teilweise bereits von den Massnahmen her in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Im Vordergrund steht nicht mehr das Schicksal der Arbeiter, also einer genau umschreibbaren Gruppe von Menschen. Bereits seit einiger Zeit geht es um den Einbezug umfassender Segmente der Bevölkerung, so die alten Menschen, die Kinder oder die Jugendlichen. Nebst allgemeinen Massnahmen sind überdies solche notwendig, die sich auf Gruppen innerhalb dieser Bevölkerungssegmente beziehen, die – oft lediglich vorübergehend – besonderen Belastungen

ausgesetzt sind. Und schliesslich zeichnet sich in neuester Zeit die Notwendigkeit ab, nicht nur Individuen, sondern Institutionen, d. h. Formen des Zusammenlebens, anzuerkennen und zu fördern, vorab in der Familienpolitik, sowie die Lebensverhältnisse in einem umfassenderen Sinne zu gestalten.

Von den zu lösenden Aufgaben her gesehen wird Sozialpolitik auf diese Weise zur Gesellschaftspolitik, und sie wird es auch von den Trägern und den Verantwortlichen her. Auf diese Weise erfahren nichtstaatliche sozialpolitische und gemeinnützige Organisationen eine neue Aufwertung. Überdies zeichnet sich ab, wie wichtig Aktionen der Selbsthilfe sind. Eine Neubesinnung und, mehr noch, mutige Initiativen sind dringend geboten. Sie sind auf eidgenössischer, kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene vonnöten. An Themen und Einsatzmöglichkeiten mangelt es nicht, auch nicht an vielen ermutigenden Beispielen erfolgreichen Einsatzes.

Bezogen auf die «Jugendunruhen» und die damit zusammenhängenden Fragen ist neben den bereits genannten übergreifenden Aufgaben der Familienpolitik und der Medienpolitik die kommunale Sozialpolitik von besonderer Bedeutung. Es geht – allgemein gesprochen – darum, den Menschen aller Altersgruppen die Gelegenheit zu schaffen, ihre alltägliche Lebenswelt in solidarischem Handeln mitzugestalten. Wer sich umsieht, kann zahlreiche Initiativen dieser Art erkennen. Dazu gehören:

- Die Wiederaufwertung des Wohnquartiers und die Schaffung bzw. Neubelebung von Treffpunkten, eingeschlossen «Quartierbeizen».
- Projekte zur Gestaltung kind- und familiengemässer Wohnumwelten (z. B. Wohnstrassen).
- Gremien der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule, die sich um die gemeinsam gestellten erzieherischen Aufgaben kümmern, und die dies häufig intensiver tun können als die Schulbehörden, weil diese Gremien den aktuell interessierten Eltern offen stehen.
- Die Einrichtung von Freihandbibliotheken in den Wohnquartieren, die Stärkung der Lokalpresse.
- Einsätze für ausländische Kinder, Mütter und Väter.
- Programme für Menschen mit körperlichen und psychischen Behinderungen.

Bereits gibt es zahlreiche Initiativen dieser Art. Sie sollten womöglich noch ernster genommen werden als dies bis jetzt geschieht, und vor allem sollten die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit sie sich entfalten können. Mit einigen Subventionen allein

ist es nicht getan. Die Aufgaben sind oftmals schwieriger, und sie können ins Grundsätzliche führen.

So stellt sich beispielsweise die Frage, ob die Entwicklung der neuen Medien nicht vermehrt Bestimmungen zum Schutze der Medienkonsumenten nötig macht. Entsprechendes gilt in der Wohnungsgesetzgebung. – Wir sind es gewohnt, solche Schutzbestimmungen bis anhin lediglich unter dem Gesichtspunkt der Einengung persönlicher Freiheit zu sehen. Doch heute steht nicht mehr nur der Schutz der Freiheit eines einzelnen Zeitungsverlegers oder eines Bauherrn im Vordergrund. Vielmehr handelt es sich darum, die Expansion übergreifender und komplexer wirtschaftlicher Organisationen, z. B. ganzer Kommunikationskonzerne, in geordnete Bahnen zu lenken. Ähnliches gilt für andere Bereiche unseres alltäglichen Zusammenlebens.

Die liberale Gesetzgebung, die mit gutem Recht den Bereich der Freiheit weit gesteckt hat, beruhte auf der stillschweigenden und vielfach nachgelebten Annahme, dass sich die Nutzung dieser Freiheit auch mit Gemeinsinn verbindet. Kommt nicht gerade dieser Gemeinsinn heute zu kurz? Sind nicht die Jugendunruhen in komplexer und vielfältiger Weise Ausdruck eines überbordenden Individualismus, in dem die Dimension der gesellschaftlichen Verantwortung zu kurz kommt?

An dieser Stelle öffnet sich der Horizont sowohl für allgemeinere Überlegungen als auch für den Bezug zu konkreten Implikationen für die Meisterung der unmittelbaren Gegenwart. Beides wird von der Klammer zusammengehalten, dass es gilt, Lebenswelten zu gestalten, die von möglichst vielen, insbesondere auch den heranwachsenden Generationen, als sinnhaft erlebt werden können, und dies fordert von allen Beteiligten Arbeit und Engagement zugleich.

**KABA STAR-den macht
Ihnen keiner nach!**



BAUER KABA AG
Postfach, CH-8620 Wetzikon
Tel. 01/931 61 11
Telex 875 481

KABA. Da können Sie sicher sein!

Weil die KABA STAR-Sicherheits-Schliesssysteme vor nichtautorisiertem Schlüsselkopieren geschützt sind. Nur wir fertigen Duplikate – und führen über jedes gewissenhaft Buch. Selbstverständlich auch über jedes Original, das unser Unternehmen verlässt. KABA STAR erhalten Sie im Eisenwaren- und Beschlägefachhandel. Verlangen Sie unsere Dokumentation!